

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt

und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährig 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1. Spalt. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhäusen u. Umt. Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 111

Herford, Dienstag, den 14. Mai

1918

Verlauf des Hauptquartiers

mit. Großes Hauptquartier, 13. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Remmelsgebiet hielt lebhafteste Artillerietätigkeit in Verbindung mit östlichen Infanteriegefechten an. Auch in den übrigen Kampfabschnitten lebte sie am Abend vielfach auf. Im Ancre-Tal, südöstlich von Albert, wurde ein englischer Teilangriff abgewiesen. An vielen Stellen der Front setzte der Feind seine Gefundungsversuche fort. Bei ihrer Abwehr machten wir mehrfach Gefangene.

Im April beträgt der Verlust der feindlichen Luftschiffe an den deutschen Fronten 15 Jettballone und 271 Flugzeuge, von denen 122 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgesetzt sind.

Wir haben im Kampf 123 Flugzeuge und 14 Jettballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Hindenburg.

Abendbericht.

mit. Berlin, 13. Mai. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Wiener Bericht.

mit. Wien, 13. Mai. Amtlich wird gemeldet: An der italienischen Gebirgsfront ist die Kampflosigkeit an dauernd vor.

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Nach sehr viel Spannung, aber doch schon mit der Gewissheit, daß auch diesmal die Entscheidung ausbleibt, begann am Montag die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Reden, die aus dem Hause heraus gehalten wurden, waren sehr lebhaft. Kurz nach dem Beginn der zweiten Lesung wurden die Reden nicht wirkungslos im Gegenteil. Als erster nahm der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, der Führer des Zentrums Dr. Forst, das Wort, um im Namen der überwiegenden Mehrheit des Zentrums zu erklären, daß das gleiche Wahlrecht kommen wird und kommen muß. Er hob hervor, daß die Osterbotschaft mehr als eine Thronrede sei, es sei ein heiliges Versprechen, an dem niemand mehr vorüber komme. Deshalb müsse sich auch jeder darüber klar sein, welche Folgen eintreten müßten, wenn das gleiche Wahlrecht nicht abgelehnt werde. Ob die Regierung aufhöre oder nicht, ein Wahlrechtskampf um das gleiche Wahlrecht werde bald kommen, sicher aber nach dem Kriege, und niemand werde dann der Macht der Idee widerstehen können.

Sehr kurz war Herr von Helldorff. Seine ganze Rede war darauf abgefaßt, daß der Standpunkt seiner Freunde sich seit der zweiten Lesung nicht geändert habe: die Konservern lehnen das gleiche Wahlrecht ab, sie lehnen aber auch den Vermittlungsantrag Rohmann ab, der zwei Zusatzstimmen gewähren will.

Diese selbe Ablehnung kam auch aus dem Munde des Vertreters der Mehrheit der nationalliberalen Fraktion des Abg. Rudewig. Der Zwiespalt innerhalb der nationalliberalen Fraktion wurde in dritter Lesung noch augenfälliger als in der zweiten. Das ging aus dem Gegenfakt hervor, der zwischen den Worten des Abg. Rudewig und des Abg. Rohmann klang. Wer der innerlich stärkere Teil ist, wurde aus Herrn Rohmanns Auftreten sehr deutlich. Herr Rohmann war nicht mehr der heftige Streiter wie in zweiter Lesung. Der Widerstand des Herrn von Helldorff hat ihn veranlaßt, die Kommissionsbeschlüsse ganz preiszugeben. Der Rückzug der Rechtsnationalen blieb nicht ohne Eindruck.

Auch die Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg wurde dadurch stark beeinflusst. Im Namen des Ministerpräsidenten gab Dr. Friedberg erneut den Willen zu einer Verständigung zu erkennen, allerdings nur auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts. Sie lehnt den neuen Antrag Rohmann

ab. Dr. Friedberg ließ aber einschießen, daß sich über eine Altersstimmte rede lasse. Drohend und vieldeutig schloß Dr. Friedberg: Mit der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage sei der Kampf nicht zu Ende, sondern damit beginne erst das Drama.

Diese Erklärung, die die Ankündigung der Auflösung enthalten kann, aber auch den Weg zur Verständigung offen läßt, wurde abgegeben, nachdem der fortschrittliche Führer Dr. Bachnide sich erneut zum gleichen Wahlrecht bekannt hatte. Die fortschrittliche Volkspartei lehnt alle Versuche ab, die vom gleichen Wahlrecht fortführen und einem Minderheitsrecht die Türen öffnen wollen. Auch die Sicherungsanträge des Zentrums lehnt die fortschrittliche Volkspartei ab, weil sie das Abgeordnetenhaus entzweiten. Kurz und entschieden stellte Dr. Bachnide die Forderung, nicht mehr Zeit mit Reden zu verlieren, sondern dem Volke Klarheit zu geben, ob es auf Erfüllung seiner Hoffnungen rechnen kann oder nicht. Er bezeichnete die Auflösung im Falle der Notwendigkeit als ein Zeichen der Stärke vor dem In- und Ausland. Namens der Freikonservativen sprach Abg. Lüdicke gegen und die Abg. Braun, Mehring und Corant für das gleiche Wahlrecht.

Die Sicherungsanträge des Zentrums wurden abgelehnt, die Zusammenziehung des Herrenhauses wurde in der Fassung der zweiten Lesung zum Beschluß erhoben. Am Dienstag sollen die Wahlrechtsvorlagen in dritter Lesung verabschiedet werden.

Ein neuer Wehrbeitrag.

Der im Hauptausschuß des Reichstags gestern gestellte Antrag auf Erhebung einer Kriegsabgabe von allen Einkommen und allem Vermögen über 20 000 M trägt die Unterschriften der Vertreter des Zentrums, der Nationalliberalen, der fortschrittlichen Volkspartei und der alten Sozialdemokraten. Auch der Vertreter der deutschen Fraktion Abg. Rupp ist bereit, dem Antrag zuzustimmen, und da auch die Polen für den Antrag eintreten werden, so ist seine Annahme mit großer Mehrheit sicher. Gegen den Antrag sind nur die Konservativen und die unabhängigen Sozialdemokraten. Sie verfügen über etwa 70 unter 395 Stimmen.

Der eben erwähnte Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Ausschuß wolle beschließen, in dem Gesetzentwurf über die Kriegsteuer Bestimmungen aufzunehmen über eine zugunsten des Reiches für das Rechnungsjahr 1918 zu erhebende außerordentliche Kriegsabgabe vom Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen, die einen Gesamtvermögen von 1200 Millionen Mark zu erbringen hätte, und für die nachstehende Grundsätze gelten sollen:

I. Kriegsabgabe vom Einkommen.

1. Die Abgabe wird erhoben von den natürlichen Personen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 20 000 M. Die Abgabe wird nicht erhoben, soweit dieselbe einen Betrag übersteigt, durch den das Jahreseinkommen nach Abzug der Ausgaben unter 20 000 M sinken würde.

2. Das Einkommen der Ehegatten ist zusammenzurechnen und vom Ehemann einheitlich zu versteuern, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben.

3. Gewährt der Abgabepflichtige Kindern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (Bürgerl. Gesetzbuch §§ 1601-1615) Unterhalt, so ermäßigt sich die Abgabe für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind um fünf vom Hundert ihres Beitrages, jedoch nicht um mehr als 5000 M für ein Kind.

4. Unverheiratete Abgabepflichtige und verheiratete kinderlose Abgabepflichtige haben eine angemessene Erhöhung der Abgabe zu entrichten.

5. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Sätzen zu erheben, beginnend mit drei vom Hundert für die ersten 30 000 M Einkommen, abschließend mit 20 v. H. als Höchststaffel.

6. Im übrigen sind die Bestimmungen des Landesgesetzes über die Einkommensteuer für die Bemessung der Kriegsabgabe und das bei der

Feststellung und Erhebung der Steuer einzuhalten. Die Feststellung des Einkommens für die Einkommensteuer bildet zugleich die Grundlage der Feststellung des Einkommens für die Kriegsabgabe.

7. In den Bundesstaaten, in denen eine Einkommensteuer nicht besteht, trifft die Landesregierung die Vorschriften über die Ermittlung des Einkommens.

II. Eine erhöhte Kriegsabgabe wird erhoben von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen.

1. Maßgebend ist das Mehreinkommen gegenüber der letzten Friedensveranlagung. Auf Antrag des Abgabepflichtigen tritt an Stelle der letzten Friedensveranlagung das festgestellte durchschnittliche Einkommen der Jahre 1912 bis 1913 und 1914.

2. Die Steuerhöhe für die Einkommensvermehrung wird durchgestaffelt, beginnend mit 1500 M für die ersten 30 000 M Mehreinkommen, abschließend mit 50 vom Hundert als Höchststaffel.

III. Als Ergänzungsabgabe wird eine Abgabe vom Vermögen erhoben.

1. Abgabepflichtig ist ein Vermögen im Mindestbetrage von 20 000 M.

2. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuerhöhen zu erheben beginnend mit 1 v. H. bis zu 100 000 M und schließlich mit 3 v. H. Höchststaffel.

3. Für die Bemessung der Abgaben wird zugrunde gelegt die Feststellung des Vermögens, das für die Besteuerung (Reichsgesetz vom 3. Juli 1918) am 31. Dezember 1916 erfolgt ist. Einer besonderen Vermögensfeststellung bedarf es nur, wenn eine Vermögensfeststellung für die Besteuerung am 31. Dezember 1916 nicht erfolgt oder nachträglich eine wesentliche Veränderung des Vermögensstandes eingetreten ist; in diesem Falle wird das Vermögen am 31. Dezember 1917 festgestellt.

4. Zuständig zur Feststellung und Erhebung der Kriegsabgabe von Einkommen und Vermögen sind die Landesbehörden, die zur Feststellung und Erhebung der Einkommensteuern berufen sind.

Die Kaiserzusammenkunft.

II. Berlin, 13. Mai. In einer Rede über die Monarchenzusammenkunft im Großen Hauptquartier heißt es: Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien berühren. Hierbei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

Amtlich.

mit. Berlin, 13. Mai. Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn hat am 12. Mai dem Kaiser und König im Großen Hauptquartier einen Besuch abgestattet. In der Begleitung Kaiser Karls befanden sich außer dem persönlichen Gefolge des Kaisers der Minister des Reiches Graf Burian, der Chef des Generalstabes Freiherr von Arz und der 1. und 2. Vizepräsidenten in Berlin Prinz zu Hohenlohe. Von deutscher Seite nahmen an der Begegnung teil: der Reichszkanzler, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, Staatssekretär von Kühlmann und der kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel. Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien berühren. Hierbei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gange der Besprechung trat erfreulich zutage, wie hoch von beiden Seiten das nummehr auch im Verteidigungskrieg so glorieux erprobte langjährige enge Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich befestigt wird.

Die polnische Frage.

II. Wien, 14. Mai. Wie im Abgeordnetenhaus bekannt, hat die deutsche Regierung bei den Besprechungen

im deutschen Hauptquartier der austro-polnischen Lösung der polnischen Frage unter der Bedingung zugestimmt, daß Österreich-Ungarn mit Deutschland eine Konvention für 15 Jahre abschließt.

Die Errichtung der Personalunion zwischen Österreich-Ungarn und Polen ist nummehr zu erwarten.

Wien, 13. Mai. Die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes an den Grafen Czernin durch die Stadt Wien wird in feierlicher Weise im Festsaal der Stadt Wien stattfinden, und zwar Ende dieses oder Anfang nächsten Monats. Die Gemeinde wird diejenige Person zum Anlaß nehmen, um im Rathaus eine Ehrengalerie zu errichten, in der die Porträts aller bisher zum Ehrenbürger ernannten Personen angebracht werden sollen.

Der neue Kaiserbrief-Schwindel.

mit. Rotterdam, 11. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet: Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Elsaß-Lothringen beschränken. Besetzte Gebiete sollten selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wiederhergestellt werden. Der Kaiser sagte, er hätte sich bereits der Zustimmung Bulgariens versichert. Der Kaiser erklärte, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung habe auch übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht verraten zu wollen. Poincaré schlug während der Verhandlungen vor, daß die Monarchie im Austausch gegen Schloffen Trient und Trentino an Italien abtreten sollte, aber Kaiser Karl antwortete, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, daß nämlich die Monarchie Trientino besetzt habe, daß aber Frankreich Schloffen nicht besetzt habe. Ribot antwortete auf die ihm durch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Fragen, daß er zu wählen habe zwischen der Ablehnung des Vorschlages der Monarchie und dem Bruch mit Italien. Ribot hat gestanden, daß Lloyd George erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten abnehmenden Antwort beistimmte. Lloyd George hat also angeblich mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch bekundet, eine so schöne Gelegenheit, um Frieden zu schließen, nicht vorbeigehen zu lassen. Poincaré macht jedoch prinzipielle Einwendungen gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, daß der Krieg nur mittels völligen militärischen Sieges der Entente beendet werden könne.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Vorschläge gemacht worden seien, und zwar an Briand. Der Korrespondent wiederholt die früheren Mitteilungen, denen zufolge Ribot alle Verbündeten über die Briefe Kaiser Karls zu Rate gezogen habe. Die russische und die amerikanische Regierung seien erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren.

Notiz: Wie das Wiener f. l. Telegr.-Korr.-Büro von ausländischer Stelle erfährt, existiert der im vorstehenden Artikel wiedergegebene angebliche Brief Seiner A. und K. Apostolischen Majestät nicht und muß als ein neuerliches Machwerk des Verbanntes bezeichnet werden.

Gärung in der Ukraine.

Berlin, 13. Mai. Der Hetman Skoropadski, der Ministerpräsident, der Handelsminister, der Minister für Volksernährung und der Finanzminister haben in Kiev dem deutschen Oberkommandierenden einen Besuch abgestattet und sich mit ihm über die Verhältnisse, wie sie sich in der Ukraine gestaltet haben, ausgesprochen. Der Oberkommandierende hat einen günstigen Eindruck gewonnen.

Dobry ist zum Vorsitzenden des Finanzkomitees gewählt worden.

Auf dem Lande hat die Umwälzung keinerlei Aufregung hervorgerufen, dagegen sind in Jekaterinoslaw, Odessa und in Kholmsk gewisse Gärungen zu beobachten. Über Jekaterinoslaw ist der Belagerungszustand verhängt worden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind gewisse Kofanabteilungen gebildet worden.

Niederlage der Unabhängigen.

mit. Bzidau, 13. Mai. Bei der heutigen Reichstagswahl im Bzidauer Wahlkreis wurden nach den bisherigen Feststellungen abgegeben: Für Kling (natl.) 6096 Stimmen, für Meier (Soz.) 12 455, für Feder (unabh. Soz.) 5036, für Braun (mittl. Stände) 102 Stimmen. Die Wahl Meiers dürfte ohne Stichwahl gesichert sein, da nur noch einige kleinere Orte fehlen. Der Wahlkreis war bisher im Besitz der Unabhängigen.

Kleine Kriegsnachrichten.

21. München, 13. Mai. Der König ist gestern abend ins Große Hauptquartier und an die Front abgereist. In seiner Begleitung befindet sich der Minister v. Dänkl.

21. Berlin, 13. Mai. Graf Schwerin-Schönitz, der Präsident des Abgeordnetenhauses, ist an einem Ohrenleiden plötzlich erkrankt und infolgedessen verhindert, an der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teilzunehmen.

21. Genf, 13. Mai. Das „Journal de Geneve“ beklagt heute, daß die Vereinigten Staaten auf den Azoren eine Flottenbasis errichtet haben. Die Inseln sind von amerikanischen Truppen mit Artillerie und Flaggenschiffen besetzt.

21. Christiania, 13. Mai. Die Engländer haben 800 Soldaten bei Peshenga auf der Halbinsel Kola gelandet.

21. Bern, 13. Mai. Der „Berner Bund“ meldet von russischer Seite: Unter Berufung auf die Beschlüsse des besessenen Völkerkongresses hat die russische Regierung einen Protest gegen die Annexion Bessarabiens durch die Rumänen erhoben.

Der U-Boot-Bericht.

21. Berlin, 12. Mai. Eins unserer U-Boote aus Flandern, Kommandant Oberleutnant zur See Schmidt (Walter), hat im südlichen Teil des Ärmelkanals die ge-
loffenen englischen Dampfer „Hangerford“ (5811 BRT.) und „Broderick“ (4321 BRT.) und einen anderen circa 5000 Tonnen großen bewaffneten Dampfer, zusammen 15 000 Raum-Tonnen versenkt. Die schönen Gefolge des U-Bootes, das nach dem Blockierungsversuch wohlbehalten in Zeebrügge eingelaufen ist, zeigen besser als Worte, daß sich der Feind solchen Hoffnungen hingibt, wenn er immer wieder die Meldung ausbreitet, daß ihm die Blockierung unserer flandrischen Stützpunkte und die Kahllegung unserer dort stationierenden U-Boote gegliedert sei.

Im Ganzen nach neu eingegangenen Meldungen soll der U-Booten versenkt: 18 000 BRT.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

„Kapitalistische“ Beteiligung

Deutsche und amerikanische Waffenindustrie.

Nach Blätternachrichten hat in der ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Kommerzienrat Arnold, ausgeführt:

Die Beteiligung an einer großen Waffenfabrik in Philadelphia ist kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg erfolgt worden. Diese Beteiligung war eine kapitalistische und eine fabrikantische, d. h. die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben der amerikanischen Gesellschaft ihre Patente und Erfahrungen gegen namhafte Lizenzen überlassen. Durch die Veräußerung ist der Gesellschaft ein Gewinn von 9½ Millionen Mark entstanden.

Der Abg. Südekum (Soz.) fragt nun im Reichstage: War dem Herrn Reichsminister die Tatsache dieser Beteiligung bekannt? Was hat er getan, um zu verhindern, daß noch während des Krieges unsere Feinde mit Waffen beliefert werden, die unter kapitalistischer und fabrikantischer Beteiligung einer reichsdeutschen Firma hergestellt wurden?

Das Gesamtergebnis des Ostfriedens

Von Paul Rohrbach.

Der osteuropäische Frieden wird getragen durch eine beherrschende Tatsache: die Auflösung Russlands. Dies Faktum ist so gewaltig, daß man sich nicht wundern kann, wenn unsere öffentliche Meinung sich noch halb unwillkürlich zu sträuben scheint, es mit all seinen Folgen noch klar zu machen. Das Durchschnittsurteil muß erst etwas Abstand von den Ereignissen gewinnen, um ihre Umrisse richtig zu erkennen und ihren Inhalt zu begreifen. Haben doch selbst unsere Staatsleitung und die große Mehrzahl der führenden Politiker in Deutschland lange nicht daran glauben wollen,

daß eine Katastrophe Russlands in dem Umfange möglich sei. Erst als die Ereignisse unumwiderrspröchlich davon zeugten, daß Russland zugrunde ging und ein neues Osteuropa an seine Stelle trat, hat die deutsche Politik den Entschluß gefunden, neue Wege im Osten zu beschreiten. Nun, wo der Entschluß gefaßt ist, darf man auch zugeben, daß wenigstens nach bestimmten Seiten hin folgerichtig und ohne Zaghaftigkeit gehandelt wird. Wir leisten der Ukraine die erbetene Hilfe, wir tun daselbe in Finnland, wir haben Livland und Estland vor der Anarchie gerettet (sollten es erst allerdings zwischen deutschem und englischem Einfluß teilen), wir nehmen die litauischen und polnischen Verhältnisse in die Hand, und wir erledigen die rumänische Frage so durchgreifend, daß sich von dort keine Schwierigkeiten für die Neuordnung Osteuropas mehr erheben werden.

Die entscheidende Frage ist natürlich die nach der inneren Sicherheit der veränderten osteuropäischen politischen Grundlagen im Ganzen. Hier wiederum hängt alles davon ab, wie man die Verhältnisse des großrussischen Restgebietes beurteilt, von dem sich ringsum die Randländer abge-
löst haben. Gerade hier aber lassen sich die Voraussetzungen einer entschlossenen Politik trotz der von Unfugenden geäußerten Zweifel als richtig und sicher erweisen. Großrussland, wofür man in Zukunft am besten einfach Russland sagen wird, kann in seinem ungefähren Umfang ohne die asiatischen Länder, den Kaukasus, Turkestan und Sibirien auf 80 bis 90 Millionen Einwohner geschätzt werden. Damit wäre es seiner Volkszahl und Größe nach immer noch der bedeutendste europäische Staat. Seine wirtschaftliche, militärische und politische Kraft wird aber im umgekehrten Verhältnis dazu stehen, weil mit dem Verlust der Randgebiete zugleich die meisten großen Wirtschaftskräfte aus dem Dasein Russlands verschwunden sind.

Das großrussische Reinzugsmillionenvolk wird keinen und auch wenn Sibirien bei ihm bleiben sollte, nur einen verhältnismäßig unbedeutenden Getreideexport haben. Mit seinem Getreide bezahlte das bisherige Russland seine Verpflichtungen an das Ausland: Einfuhr, Schuldenzinsen usw. 1914 betrug der Export von Getreide, Mehl, Sämereien und Kleie fast 800 Millionen Rubel, alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte: Eier, Butter, Zucker, Delfische, Fleisch, Haut, Felle usw. gegen 400 Millionen Rubel; Holz etwas über 140 Millionen Rubel. Von sonstigen Ausfuhrartikeln kamen nur noch Petroleum und Erze in Betracht; Industriewaren spielten eine ganz geringe Rolle. Fast das ganze Ausfuhrgetreide entfiel aber auf den Schwarzseeresteil, und von diesem ist nur das bei weitem kleinere nordöstliche Stück mit seiner schmalen sibirischen Fortsetzung, und das ist auch nicht einmal sicher, bei Großrussland geblieben — wozu noch bemerkt werden muß, daß Großrussland mit seinem wenig fruchtbaren eiszeitlichen Schuttboden eher zu seiner eigenen Ernte noch Getreide aus dem Süden zukaufen, als solches auszuführen hat. Auch die Zuckerrübenproduktion bleibt fast ganz bei der Ukraine und den übrigen verlorenen Gebieten: von der Fleisch- und Holzausfuhr entfiel ein großer Teil auf Polen, Litauen und das baltische Gebiet. Fast alle Kohlen und die meisten und besten Erzlager gehören gleichfalls der Ukraine. Das Petroleum liegt im Kaukasus, der für Großrussland verloren ist. Großrussland bleibt also, zumal nach der Zerstörung der meisten bisher geschaffenen Kapitalwerte durch die Revolution, als ein verarmtes Bauernland übrig. Das außer dem Holz in den nördlichen Wäldern und einigen landwirtschaft-

lichen Erzeugnissen von mäßigem Wert dem Weltmarkt gar nichts mehr liefern können. Mangelnde Kaufkraft, finanzielle Schwäche und militärische Unbedeutendheit werden die Folgen sein, wozu noch der passive, einer selbsttätigen Wiedererhebung unfähige Charakter des Großrussentums kommt.

Diese Erwägungen erscheinen überzeugend im Sinne der zukünftigen Ungefährlichkeit Russlands, und sie bestätigen, daß es politisch richtig gedacht ist, für die Zukunft nicht unser Verhältnis zu Russland, sondern zur Ukraine, zu Finnland, dem Baltikum, Polen und den übrigen Randgebieten, zu denen jetzt auch der Kaukasus als wichtiger Faktor hinzutritt, voranzustellen. Alle diese Länder verfügen für ihre politische-nationale Entwicklung teils absolut, teils verhältnismäßig gewonnen, über stärkere ökonomische Grundlagen, als Russland. Vor allen Dingen die Ukraine ist ein reiches Land mit einem anders gearteten und tüchtigeren Volkstum, als das russische. Sie bedarf aber noch der Hilfe für ihren staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau, und diese Hilfe leisten wir ihr jetzt. Sicher ist das ein Entschluß von großer politischer Verantwortung und Tragweite, und Vieles gilt auch für Finnland. Gerade aber, daß unsere Politik den Mut jetzt zu solchem Handeln in großem geschichtlichen Stil wiederfindet, das begreifen wir mit Befriedigung und Vertrauen auf den Erfolg, falls nur nachträgliche Bedenken und Ungeklärte in der Ausführung vermieden werden. Gar keine Rede kann natürlich davon sein, daß ein Staat wie die Ukraine anderthalbfach so groß wie das Deutsche Reich und mit 40 Millionen Einwohnern, politisch-ökonomisch zu einem Vorfällegebilde der europäischen Mittelmächte gemacht werden soll. Deutschland und die Ukraine werden in einer wie der anderen Beziehung großen Vorteil voneinander haben, aber es ist selbstverständlich, daß die deutsche Politik dabei mit der Ukraine als mit einem befreundeten durchaus selbständigen, in Kürze zu einer europäischen Großmacht heranwachsenden Staat rechnet, der seine Geschichte genau so souverän bestimmt, wie wir selbst.

Als Frucht und als systematische Verwirklichung der vorhergehenden Friedensschlüsse im Osten ist nun zuletzt auch der rumänische Zustand gekommen. Rumänien muß natürlich die Folgen seiner moralisch üblen und praktisch verfehlten Politik, die es 1914 bis 1916 getrieben hat, tragen. Es kommt immer noch gut genug dabei weg, denn für die Abtretung der Dobruđa an Bulgarien, der Grenzstriche in den Karpaten und eines Streifens vom Eisernen Tor erhält es zum Ausgleich ein erhebliches Stück von Bessarabien, demjenigen Teil des Fürstentums Moldau, den Russland vor einem Jahrhundert an sich riß. Die rumänische Bevölkerung zählt dort reichlich eine Millionen Seelen; an Gesamtvolkszähl kommt daher durch den Friedensschluß für Rumänien kein Verlust, sondern noch Gewinn und dazu die Vereinigung der bekarpatischen Rumänen mit denen im Königreich. Im Interesse unseres osteuropäischen Gesamtfriedens ist es nebenbei, ob Rumänien etwas größer oder etwas kleiner wird als es war. Die Hauptsache ist vielmehr die, daß das rumänische Volk darüber belehrt ist, wo es hingehört und daß durch die Grenzberichtigungen und die Sicherung des Getreide- und Petroleumbezugs aus Rumänien auch für die Zukunft einem Mißbrauch der rumänischen Kräfte durch die jetzige Entente, zum Schaden Mitteleuropas und zum Schaden Rumaniens selbst, vorgebeugt wird. Dies vorausgesetzt, ist die Behandlung, die Rumänien durch uns gefunden hat, ein Beweis dafür, daß es uns nicht um Unterdrückung der kleinen Na-

tionaler Zustände zu tun ist.

Rumänien ist kein Balkanland, sondern ein Stück Mitteleuropa. Es ist aber zugleich ein wichtiges Durchgangsgebiet nach den Balkanländern und dem Orient. Außerdem ist es Anlieger der unteren Donau, und darum muß durch die Besitzveränderungen in der Gegend des Eisernen Tores dafür gesorgt werden, daß zukünftig keine Sperre für den mitteleuropäischen Verkehr errichtet werden kann, wie es während des Weltkrieges der Fall war, bevor der serbische Krieg von uns befreit wurde. Durch die Donau, durch Rumänien und die Ukraine eröffnet sich für Mitteleuropa ein Weg entlang dem Nordgestade des Schwarzen Meeres bis zum Kaukasus. Ein anderer Weg dorthin führt über den Balkan, den Bosphorus und durch Kleinasien. Die Kaukasusländer werden nördlich von der kaukasischen Hochfläche vermutlich eine politische Verbindung mit der Ukraine eingehen, weil das ukrainische Element dort schon jetzt verhältnismäßig am stärksten ist. Die südlichen, und namentlich die tartarisch-muselmanischen türkischen Kaukasusländer erstreben jetzt, nachdem sie sich von Großrussland scharf getrennt haben, ein Bündnis mit der Türkei. Ueber den kaukasischen System aber führt der Weg nach Persien, und Persien ist das alte Durchgangsland nach Indien. Wir wollen die Gedanken, die sich an den osteuropäischen Frieden knüpfen, einweisen nach dieser Richtung nicht weiterverfolgen. Was erreicht und gesichert erscheint, das genügt, um das Urteil zu begründen: hier liegt auf Grund unserer Waffen-erfolge eine große, noch in letzter Stunde verwirklichte politische Leistung vor!

Herford und Minden-Ravensberg.

14. Mai.

Die Ferkelpreise.

Die Verhältnisse auf dem Ferkelmarkt sind zu einem Stande über der Art geworden. Es ist kaum zu verstehen, daß die Antistellen die Dinge einfach laufen lassen, wie sie laufen.

Die Klagen über die Wucherpreise sind allgemein. Die Blätter der verschiedensten Richtungen beschäftigen sich mit der Frage.

So wird z. B. dem „Hannoverschen Kurier“ aus der Lüneburger Heide geschrieben:

Bekanntlich ist höheren Orts abgelehnt worden, Höchstpreise für Ferkel festzusetzen, weil es mit diesen sonst so gehen würde wie mit so vielen Höchstpreisen: sie verschwinden vom Markt und werden geheim gehandelt. Nun zeigt sich die Kehre: der Medaille: im April gab es fast gar keine Ferkel zu kaufen. Erst jetzt, da ihr Preis vier- bis fünfwöchige Tierchen auf 100 bis 150 A emporgeschossen ist, herrscht genügendes Angebot. Aber gerade die kleinen Leute, Anbauer, Gäuslinge und landwirtschaftliche Arbeiter können diese Preise nicht bezahlen und werden daher der Reichsfleischkarte zur Last fallen. Der Fleischpreisverfolger erhält wöchentlich 1 Pfund seines fetten Schweins, der Fleischarteninhaber jetzt etwa den 8. bis 10. Teil davon, meist fettloses Rindfleisch. Man kann danach ermessen, wie brennend die Ferkelfrage auch als Anreiz dafür ist, heute für landwirtschaftliche Arbeit zu gewinnen und festzuhalten. Da nun höheren Orts dem Ferkelwucher kein Einhalt geboten wird, so hat man an vielen Orten der Sübheide zur Selbsthilfe gegriffen und den Käuferstreik beschlossen, bis der Preis 4-5 A für die Lebendwoche beträgt. An manchen Orten hat diese Maßnahme bereits gewirkt und ein Fallen der Preise herbeigeführt.

die ihr Vater bewohnt hatte, sollten für Hasberg eingerichtet werden.

So gab es noch viel zu beraten und zu besprechen, und weder das Brautpaar, noch Tante Therese wurden müde, Zukunftspläne zu schmieden.

Reginas Glück wurde nur zuweilen getrübt durch den Gedanken, daß Hasberg wieder in den Kampf ziehen müsse, wenn er geheilt war. Aber mit der Inbrunst der liebenden Frau hoffte sie, daß eher Friede geschlossen würde, ehe der Geliebte wieder feldunfähig wurde.

So saßen die drei noch beisammen, als Gerta Werner gegen Mittag kam. Sie war nicht wenig erkrankt, Hasberg und Regina als Brautpaar zu finden.

Ihr Glückwunsch war aber trotzdem sehr herzlich. Unter Tränen lächelnd, sagte sie:

„Wenn ich jetzt meinen Fritz hier haben könnte — wäre es auch mit einem verbundenen Arm — wie glücklich würde ich sein. Aber so ist mein Herz voll Bangigkeit. Als ich hörte, daß Heinz von Tondern seinen Wunden erlegen sei, da war mir, als müsse ich vor Angst laut aufschreien.“

Hasberg sprach ihr tröstend zu.

„Nur den Mut nicht verlieren, mein gnädiges Fräulein. Fritz ist unter einem glücklichen Stern geboren, er gehört zu den Menschen, die gegen alles Unglück gefeit sind. Außerdem schirmt ihn das Gebet einer liebenden Braut. Sie müssen ganz getroßt und zuversichtlich sein, dann geschieht ihm nichts.“ Gerta schluckte die Tränen hinunter und lächelte tapfer.

„Daran will ich immer denken — und nie mehr verzagt sein. Er sagte mir auch beim Abschied: „Eine jede Kugel trifft ja nicht.“ So will ich fest und sicher daran glauben, daß er heil und gesund wiederkehrt.“

Der tolle Hasberg.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Geheime Formel für den Schutz des Inhaltes in den verschiedenen Staaten:

Copyright 1915 by Grolauer & Comp., Berlin W. 38.

Schlaf. (Nachdruck verboten)

Nachdem sie heiße, innige Küsse getauscht, kamen sie auf Tondern zu sprechen. Auch Hasberg verzicht ihm alles. Auch er war der Ansicht, daß Tonderns Handlungsweise Geheimnis bleiben müsse. Seine Eltern sollten nichts erfahren.

Lange saßen sie innig umschlungen und sprachen von dem, was ihre Seele erfüllte. Dann trat wieder ein Schweigen ein, in dem nur die Augen und die klopfenden Herzen zueinander sprachen. Aus diesem Schweigen heraus sagte Hasberg endlich:

„Liebste — ein heißer Wunsch brennt mir im Herzen.“

Sie sah ihn fragend an mit ihren wunderbaren, zärtlich leuchtenden Augen.

„Sprich! Wenn es in meiner Macht steht, erfülle ich ihn.“

Er presste sie fest an sich.

„Werde mein — ganz mein — in kürzester Frist. Ich habe den Kriegskonsens — Du kannst heute — morgen — jeden Tag meine Frau werden. Ich möchte jetzt, solange ich dienstfrei bin, mit jeder Stunde, jeder Minute gehen. Als dein Verlobter kann ich nur kurze Zeit des Tages bei Dir sein. Es gibt keinen zwingenden Grund, der uns noch Trennung auferlegt. Ich werde erst ganz ruhig und zufrieden, wenn Du mein Weib geworden bist. Wir wollen dem Schicksal jede Minute des Glücks abfordern, die es zu geben bereit ist. Willst Du?“

Sie schmeigte sich errötend an ihn.

„Ich habe nur einen Willen — den Deinen. Ich lege mein Schicksal ohne Vorbehalt in Deine Hände. Und — ich wäre so glücklich, könnte ich Dich gepulst pflegen.“

Er küßte sie in leidenschaftlicher Innigkeit.

„Dant — heiße Dant, meine Regina.“

Sie strich sich erglühend das Haar aus der Stirn.

„Nun laß uns zu Tante Therese gehen. Sie weiß alles und wartet auf uns.“

Er erhob sich bereitwillig. Aber dann dauerte es doch noch lange, bis sie das süße glückselige Alleinsein aufgaben.

Endlich gingen sie aber ins Wohnzimmer, Hand in Hand, mit strahlenden Augen.

Tante Therese erhob sich und kam ihnen entgegen. Fortgehend senkte sich ihr Blick in den Hasbergs. Sie sah den Glanz echten Glückes in seinen Augen, sein schmalgewordenes Gesicht, die ganze kriegerische Erscheinung mit dem verbundenen Arm und den beiden Ehrenzeichen auf der Brust, der tiefe männliche Ernst in seinen Zügen — alles das sprach laut zu dem Herzen der alten Dame. Ihre Augen glänzten feucht. Sie mußte glauben, daß der Mann vor ihr Regina liebte und sie glücklich machen würde. Und da zog sie die beiden Glücklichen zusammen in ihre Arme.

„Gott segne Euch und schenke Euch ein echtes, festes Glück. Ich will täglich darum beten,“ sagte sie bewegt.

Hasberg küßte ihr die Hand.

„Bitte, haben Sie Vertrauen zu mir, gnädige Frau. Es ist mein heißer Wunsch Regina glücklich zu machen.“

Tante Therese nickte und zwang die Tränen nieder. Dann sagte sie lächelnd:

„Wenn Du mir meine Regina nimmst, dann laß auch die gnädige Frau beiße, mein Sohn.“

Ich will Dir wie ihr die alte treu Tante Therese sein.“

Damit nahm sie ihn ohne Umschweife beim Kopf und küßte ihn.

Sie saßen dann alle drei zusammen und hatten manderlei zu besprechen. Etwas erschrocken war Tante Therese aber doch als sie hörte, daß die jungen Leute schon in den nächsten Tagen in aller Stille Hochzeit halten wollten. Das ging nicht so schnell in ihren Kopf, daß ihre Regina so Hals über Kopf und ohne festliches Gepränge vor den Altar treten sollte. Aber sie fand nicht den Mut, Hasbergs dringenden Bitten zu widerstehen.

Als er ihr seine Wünsche und Gründe klargelegt hatte und sie so flehend mit seinen grauen Augen anblickte da schüttelte sie den Kopf und sagte mit einem humorvollen Lächeln:

„Du lieber Gott, der wird uns zwei Frauen schön um den Finger wickeln. Wenn er einem so schöne Augen macht, muß man zu allem, was er will, Ja und Amen sagen. Also in Gottes Namen — laßt Euch kriegstrauen. Es ist ja doch jetzt eine kriegerische Zeit. Wer weiß, was noch kommt.“ Das Glück, das Ihr genossen habt, kann Euch niemand mehr rauben.

So wurde denn beschlossen, daß Verlobungsanzeigen sofort herumgeschickt werden sollten und daß die Trauung des jungen Paares in acht Tagen stattfinden sollte.

Bis dahin sollte Hasberg in der Klinik des Professors Menzel bleiben — natürlich ausgenommen die Zeit, die er bei seiner Braut zubrachte.

Regina wünschte, daß ihr Gatte dann nach Villa Baldus übersiedeln sollte. Die Zimmer,

In
tion
würde
Vor
Stadt
den
An
Ferkel
minder
werden
egung
neben
nung,
breite
100, 120
nuna
nicht
ihm
eine
Grü
Meiße
bei
Rade
handelt.
die sich
en
Frei
hiesigen
über 60
den
Hä
Kammer
Bild 51
kaut
der
Sach
gerren
zugeben.
die Ferk
frage,
würde
Stadt
ein
Wenn
noch
best
Zeit
zu
sch
das
schränkt
beauftrag
und Biege
mit weite
Die
barkeit
„Rein-
winz
Hann
mensw
sobald
den
und nehr
Hund
wurde
den
möglich
Wald
dem Volk
hohen
mit Aufst
zu Wache
der ganze
nen gele
Die
Ans d
In de
Kette
Werne
mit, die
um eine
Kohlen
her die
Ortsbeho
schalten
poscheim
„Brav
beg und
„Regi
folgende
regenden
in der
verblä
angeze
Ingenie
berwor
Selbst
glücklich
drang die
Frau
lobungs
ben. Dan
„Wie
lieb, von
ihm unsag
Herr v
einer Fra
„Unsere
noch nicht
gutes
hollen ihm
vor jetzt
am, wolle
Da hatt
as Haupt
i — ihrer
bekt wie
er Größe
In Will
anges
in heiß
Als Han

In Aalen ist es bereits zu einer Interpellation im Stadtratskollegium gekommen, worüber der „Mittl. Anzeiger“ berichtet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Stadtratsversammlung stellte Stadtr. Koering den Antrag, den Magistrat mit dem Ankauf von Zerkeln zu beauftragen, die ohne Gewinn an die mündelbeteiligten, arbeitende Bevölkerung abgegeben werden sollen. — Stadtr. Schulz bemerkt, die Anordnung habe zweifellos ihre Berechtigung. Es sei neben vielen andern eine eigentümliche Erscheinung, daß infolge der Geldentwertung die Zerkelpreise ins Ungeheure gestiegen seien. Preise von 100, 120 M und darüber seien an der Tagesordnung, ein Preisstand, der in dieser Höhe durch nichts gerechtfertigt sei und zweifellos Kriegswucherer schmerzhaft Art darstelle. Uebrigens sei ihm mitgeteilt worden, daß die Preissteigerung eine Erscheinung sei, die nicht überall in gleicher Weise zu bemerken sei. So würden in Neuhaus bei Raderborn Zerkel durchweg mit 50—60 M gehandelt. Auch hier gebe es anständige Anwohner, die sich bereit erklärt hätten, Zerkel nicht zu höheren Preisen zu verkaufen. Stadtr. Koering: Die hiesigen Zerkel haben vereinbart, Zerkel nicht über 60 M zu verkaufen, die Preise werden von den Händlern gemacht. Stadtr. Ziegeleibitzer befragt, es seien hier in der Stadt zehn Stück 5 1/2 Wochen alte Zerkel für 1000 M verkauft worden. Stadtr. Schulz schlägt, falls man der Sache näher treten vor, dem Magistrat einige Herren des Kollegiums als Sachverständige beizugeben. Wie und zu welchem Preise die Stadt die Zerkel an die Bürger abgebe, sei eine Frage, die sich nach dem Einkaufspreise regelt. Er würde auch nichts dagegen einwenden, daß die Stadt etwas zulege. Stadtr. Ziegeleibitzer: Wenn wir einige tausend Mark zulegen, ist immer noch besser, als die arbeitende Bevölkerung ohne Zerkel zu lassen. Nach kurzer Aussprache erklärte sich das Kollegium mit dem Ankauf einer unbegrenzten Anzahl von Zerkeln einverstanden und beauftragte den durch Kaufmann Westphälter und Ziegeleibitzer Koering ergänzten Magistrat mit weiteren Schritten.

Die Verhältnisse in ihrer gänzlichen Unhaltbarkeit werden beleuchtet durch folgende Notiz der „Mittl. Westf. Zeitung“: Im Kreis Hoya (Provinz Hannover) treiben Zerkelhändler ein verdammt schändliches Unwesen. Sie kaufen die Zerkel sobald der Wurf das Licht der Welt erblickt hat und nehmen sie nach einer bestimmten Zeit das Hund zu 7,50 M lebend ab. Da die Landwirte den größten Nutzen davon haben, die Zerkel möglichst schwer abzuliefern, werden die Tiere mit Milch und Eiern gefüttert, Nahrungsmittel, die dem Volke entgehen. Den Landwirten werden die hohen Preise aufgedrungen, denn die Händler sind mit Aufträgen überhäuft und bieten von Woche zu Woche höhere Preise. Es wird höchste Zeit, daß der ganze Zerkelhandel behördlich in andere Bahnen gelenkt wird.

Die Kohlenversorgung Herfords.

Aus dem Rathaus wird uns geschrieben: In der letzten Sitzung der Ortskohlenkommission teilte der Vorsitzende, Bürgermeister Werner, die neuen einschneidenden Maßnahmen mit, die der Reichskohlenkommission erlassen hat, um eine möglichst gleichmäßige, wenn auch geringe Kohlenverteilung herbeizuführen. Während bisher die Kohlenhändler die Bestellungen bei den Ortsbehörden nur zur Kontrolle abstempeln ließen, erhalten in Zukunft die Kommunalverbände Bezugsscheine in bestimmter Höhe zur Weitergabe an die Kohlenhändler.

„Bravo, mein gnädiges Fräulein,“ rief Haßberg und küßte ihr die Hand.

Reginas Verlobung und ihre bald darauf folgende Verheiratung erregte selbst in dieser abgelaufenen Zeit das allgemeine Interesse und war in der ganzen Stadt Tagesgespräch. Darüber verblühte selbst der Eindruck, den die Verlobungsanzeige Frau Melanie von Hausens mit ihrem Ingenieur und Reserveoffizier Ernst Rottmann hervorrief.

Gestalt in das Trauerhaus, in dem die unglücklichen Eltern Heinz von Tondern beweinten, drang die Kunde und erweckte Interesse.

Frau von Tondern hatte starr auf die Verlobungsanzeige Reginas mit Haßberg herabgesehen. Dann hatte sie zu ihrem Gatten gesagt: „Wie gut, daß es unserm Heinz erpart blieb, von dieser Verlobung zu hören. Es hätte ihm unsagbar wehe getan.“

Der Herr von Tondern legte seine Hand auf die einer Frau.

„Unseren armen Heinz kann Regina baldus noch nicht mehr beglücken. Haßberg hat sein eigenes Leben für unseren Sohn eingelegt — wir wollen ihm das nie, niemals vergessen. Wenn die jetzt das Schlimmste überwunden haben, dann, wollen wir zu ihm gehen und ihm danken.“

Da hatte Frau von Tondern ergebungsvoll das Haupt geneigt. Es war ja doch alles eingelegt — ihren Sohn konnte ihr keine Macht der Welt wiedergeben, und alles andere verblühte an der Größe ihres Schmerzes.

In Villa Baldus aber lebte ein glückliches, lachendes Paar und kostete jede Minute des Glücks ein heißes Inbrunst aus.

Als Hans von Haßberg mit Regina in aller

Da die Kohlenhandelsgeellschaft in Dortmund und auch die übrigen Großlieferanten nur auf Grund dieser Bezugsscheine liefern dürfen, wird es in Zukunft völlig ausgeschlossen sein, daß ein Kommunalverband besser mit Kohlen beliefert werden wird als der andere. Bisher haben die Kommunalverbände die Bezugsscheine für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni d. Js. erhalten.

Hiernach wird der Stadtfreis Herford im laufenden Jahre nur

Zwei Fünftel der Kohlenmenge des Vorjahres

erhalten, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Menge schon nur 60 Prozent des Friedensverbrauchs war. Es muß also die allergrößte Sparlichkeit bei dem Verbrauch der Kohlen obwalten. Eine Aufhebung der Kohlenmarken während der Sommermonate wie im vorigen Jahre kann in diesem Jahre unter keinen Umständen wieder stattfinden. Wie in anderen Städten, so muß auch in unserer Stadt in diesem Sommer das Kohlenmarkensystem bestehen bleiben, um eine möglichst gleichmäßige Belieferung aller Haushaltungen herbeizuführen. Auf Kohlenmarken K können jetzt 5 Zentner Kohlen gekauft werden. Die übrigen Kohlenmarken sind ungültig. Die Kohlenmarken K kann bis zum 1. Juni d. Js. eingelöst werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Kohlenhändler alle eingehenden Kohlen auf Lager fahren und zentnerweise auf Markten verkaufen. Nach Pfingsten werden neue Kohlenmarken ausgegeben werden und wird dann jeder Haushalt Gelegenheit haben, 20—25 Zentner Kohlen zu kaufen. Diese Anträge werden von Anfang Juni an entgegen genommen. Der genaue Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben.

Haushaltungen, welche Zentralheizung haben, erhalten Koks zugewiesen. Kohlen können für Zentralheizung unter keinen Umständen zugewiesen werden.

Für Zentralheizung werden bereits vom 20. d. Mts. ab Bezugsscheine über vorläufig 50 Zentner Koks ausgestellt.

In den Sommermonaten müssen die Kohlen für den Winter aufgespart, und nach Möglichkeit muß mit der Kockfiste oder mit Holz das Essen bereitet werden.

— Ritter der 1. Klasse. Dem Gefreiten A. G. Meißner, Sohn der Frau Meißner, Pflegehaus Klein-Rinderbach, Goldstraße 10, wurde das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen. Möge dem tapferen Helden eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

— Wichtig für Möbelfabrikanten. Die Handelskammer zu Bielefeld teilt uns mit, daß nunmehr unter anderem auch Möbel und die zu ihrer Herstellung dienenden Materialien, sowie Sperrholz in das Verzeichnis der von Stützpunktbeschränkungen ausgenommenen Gütern aufgenommen sind. Auch sei zur Zeit der Bestand an bedeckten Wagen so günstig, daß Anträge auf Bestellung von Wagen für den Möbelverkehr in den meisten Fällen von der Eisenbahndirektion Hannover berücksichtigt werden können. Im Interesse einer ausgiebigen Benutzung der pünktlichen Lage erucht die Handelskammer, jetzt den Verkehr nach Möglichkeit zu steigern.

— Förderung des bargeldlosen Verkehrs durch die Stadtparlament zu Herford. Zur Förderung des bargeldlosen Geldverkehrs hat unsere Stadtsparskasse seit ihrer Gründung die Ueberweisung der Steuern und Schulgelder für ihre Spar- und Scheckkassen übernommen. Wer von der Einrichtung, die von Jahr zu Jahr mehr in Anspruch genommen wird, Gebrauch zu machen wünscht, muß den Antrag gleich nach Erhalt des Steuerzettels erneuern bzw. stellen. Einer Einreichung des Steuerzettels bedarf es nicht.

Stille zum Altar geschritten war, hatte er den verwundeten Arm zum ersten Male ohne Binde getragen. Aber er hing noch steif und reglos an ihm nieder, und Professor Wenzel hatte ihm nicht verhehlt, daß Monate vergehen würden, bis er den Arm wieder richtig bewegen könne.

Untätig wollte Haßberg deshalb aber doch nicht bleiben. Sobald er sich mit dem verwundeten Arm nur leidlich behelfen konnte, übernahm er Garnisdienste, um auf diese Weise dem Vaterland seine Dienste zu weihen.

Von Ernst Rottmann hörte er, daß dieser wegen seines Fußes, in dem eine leichte Steifheit zurückblieb, nicht wieder in die Front zurückkehren konnte.

Auch Rottmann und Frau Melanie machten bald Hochzeit.

Von Fritz von Trebin kamen noch wie vor gute Nachrichten. Er war befördert worden und Gertrud hielt treulich an ihrer Zuversicht fest, daß ihr Fritz heil und gesund aus dem Feldzug heimkehren würde.

Wenn Hans von Haßberg nach seinem Tageswerk in der Kaserne heimkehrte, kommt ihm leuchtenden Auges seine junge Frau entgegen, und er umfaßt sie mit leidenschaftlicher Innigkeit und einem Gefühl, als würde sie ihm jedesmal neu geschenkt.

Sankt sich dann der Abend herab, so bittet er zärtlich:

„Sing mir ein Lied, Regina.“

Dann tritt die junge Frau, die im Glück noch viel schöner geworden ist, an den Flügel, und zu den rauschenden Tönen des Instrumentes klingt voll und weich ihre Stimme.

Sie singt ihrem Gatten Goldbeiges Lied. Er kann es nicht genug hören, und seine Augen ruhen dabei glücklich auf der geliebten, angebeteten Frau.

— Verringerte Aufträge der Holzbeschaffungsstellen. Die Holzbeschaffungsstellen haben für die Monate Juni und Juli nur die Hälfte derjenigen Mengen an Rohholz zur Deckung des Bedarfs ausgeschrieben, der in den letzten Monaten üblich gewesen ist. Es ist nun für die Sägewerksindustrie und deren geschäftliche Maßnahmen von Wichtigkeit, daß die Bestellungen für die Monate August und September ganz ausgelegt werden sollen. Insbesondere sind Aufträge zur Herstellung von Minenbohlen und Schurzrahmen nach einer vorliegenden Mitteilung nicht zu erwarten.

— Die Tierärztekammer für die Provinz Westfalen hat in einer in Hamm abgehaltenen Vollversammlung folgende Beschlüsse gefaßt. Die Verminderung der Viehbestände, sowie die Zunahme der Tierärzte werden eine beschränkte Tätigkeit der Praktiker zur Folge haben. Die Kammer stellt daher nachstehende Forderungen: 1. Es ist anzustreben, daß die beamteten Tierärzte vollbesoldete Beamte und aus der praktischen Tätigkeit ausgeschaltet werden. 2. Die Fleischbeschauungsgebühren für Tierärzte und die Wegegebühren für die Ergänzungsbeschau sind zu erhöhen. 3. Die schon vor dem Kriege dem Herrn Minister im Entwurf vorgelegte neue Tierärzetzuge muß nach Erhöhung der damals festgelegten Sätze möglichst sofort nach dem Kriege in Kraft treten. Die Kammer empfiehlt, bis dahin die bisher üblichen Gebühren für tierärztliche Verpflichtungen um 100 Prozent zu erhöhen. 4. Es ist darauf hinzuwirken, mit den Landwirtschaftskammern in engere Fühlung zu treten.

p. Polizeibericht. In der Zeit vom 5. bis 11. Mai wurden 7 Personen festgenommen, davon wegen Diebstahls 1, Schusschloß 1, Kettenhandel 1, Entziehung der Militärpflicht 2, 1 Militärperson und ein russischer Kriegsgefangener.

Bielefeld, 13. Mai. Die Strafkammer verurteilte vier gemeingefährliche Verbrecher, die als Spezialität Einbrüche in Möbelläden verübten und dabei in kurzer Zeit etwa 250 Pfund Butter ergattert hatten, zu 1 Monat bis 2 1/2 Jahren Gefängnis. Ihre Hauptabnehmerin war die Inhaberin eines hiesigen Damenkonfektionsgeschäfts, die etwa 140 Pfund Butter in größeren Mengen an gute Kundinnen zum Erhebungsbetrag von 8,50 M für das Pfund abgegeben hat. Sie erhielt wegen wiederholten verbotswidrigen An- und Verkaufs von Butter 5000 M Geldstrafe. Der Gerichtshof nahm dabei an, daß sie um den unethischen Gewinn der Butter nicht gewacht habe. Die Kleiderkäuferin hat ihre Abnehmerinnen erst genannt, als ihr die Polizei mit Beschlagnahme ihrer Bücher drohte. Die Abnehmerinnen, Damen der ersten Gesellschaftskreise, deren Männer im öffentlichen Leben eine Rolle spielen, sind mit richterlichen Strafbefehlen von einigen hundert Mark dazugewonnen, so daß sie vor dem Strafrichter nicht zu erscheinen brauchen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Berlin, 11. Mai. Ueber die freiwillige Kleiderabgabe im Stadtbezirk Berlin berichtet die „Post. Ztg.“: In der im Geschäftshaus der A. B. G., Kommandantenstr. 80-81 errichteten Annahmestelle der freiwillig zu gebenden getragenen Kleidungsstücke wurden bis gestern abend 82 Anzüge abgeliefert. In den heutigen Vormittagsstunden war der Zutritt erheblich größer als gestern. Allerdings sind wiederholt Anzüge in so schlechtem Zustand angeboten worden, daß sie zurückgewiesen werden mußten. Die durchschnittliche Bezahlung für einen Anzug war 30 bis 40 M. Als höchster Preis wurden für einen noch gut erhaltenen Jacketanzug 82,50 M bezahlt. Bei den Abgabestellen Potsdamerstr. 38 und Jägerstr. 25 wurden am gestrigen Tage nur je 1 Duzent Anzüge eingeliefert. Jedoch war auch dort heute die Abgabe lebhafter als gestern. Nach dem bisherigen Verlauf der Abgabe ist nicht anzunehmen, daß die für notwendig bezeichnete Anzahl von 30 bis 40 000 Anzügen freiwillig abgegeben wird, es dürfte nur etwa 20 000 Stück zu rechnen sein. Als Endzeitpunkt für die freiwillige Abgabe ist der 27. Mai festgesetzt.

Berlin, 12. Mai. Ein Rahn mit 12 Arbeitern, die auf der Reichsinsel im Dorfe Balno bei Giesgawa arbeiteten, kenterte bei der Heimfahrt, wobei sieben Personen ertranken.

Der Berliner Postkahn aufgellert.

Der Kahn an den Postboten Roman Gornig ist voll aufgellert. Es war festgestellt worden, daß die Postbesatzung des Radfahrers, der den Gornig überfallen hatte, auf den 18-jährigen Arbeitsburschen Bruno Pawlitz aus der Elbinger Straße pochte, weiter, daß dieser bis zum Tage des Überfalls im Besitz eines Fahrrad gewesen war, und daß eine Joppe, wie sie der Täter getragen hatte, sich in der Wohnung des im Felde stehenden Bruders des überfallenen Postboten Gornig befunden hatte, aber seit dem Tage der Tat aus der Wohnung verschwunden war.

Eine Verwandte des Pawlitz gestand schließlich, daß Pawlitz in der Nacht nach der Tat eine Manteltasche mit einem dicken Bündel Papiergeld nach Hause gebracht hatte. Nun gab auch Gornig zu, daß die Tat mit seinem Vorwissen von Pawlitz und zweien seiner Freunde, des Oesterreichers Meher und des Polen Diez ausgeführt sei. Pawlitz war mit der geraubten Tasche bis zum Bahnhof Weisenhof gefahren. Hier hat ihn Diez erwartet, dieser hat sich auf das Rad geschwungen und ist weitergefahren. Pawlitz ist dann mit der Tasche mit der Stadtbahn bis Bahnhof Prenzlauer Allee gefahren und bog sich von dort in die Wohnung des Diez. Dann wurde die Teilung des Geldes vorgenommen. Auf Gornig, den Postboten, entfielen 14 000 Mark, auf Pawlitz 12 000 Mark und die beiden anderen je 10 000 Mark.

Ursprünglich hatten die vier Beabsichtigten, ein zwischen Berlin und einem Vorort mit Wertstoffen beladenes verlassenes Automobil zu überfallen. Gornig wollte es in Postform auf der Chaussee anhalten, worauf die drei übrigen über den Chauffeur herfielen, ihn knebeln und das Auto berauben sollten. Hieron kamen sie jedoch ab

und wollten nun zunächst den Briefträger, der am 1. Mai den später von Gornig ausgeführten Geldtransport zu bewerkstelligen hatte, überfallen. Alles war vorbereitet, aber in dem Augenblick, als Pawlitz aufsteigen wollte, kam eine Frau aus einem Hausflur, und Pawlitz mußte von der Tat zurücktreten, ohne daß der Briefträger von der ihm drohenden Gefahr etwas gemerkt hätte.

Die Genossen des Gornig, Pawlitz, Diez und Meher wurden im Laufe der Nacht von dem die Untersuchung führenden Kriminalbeamten von Siebermann und den Beamten Mecht und Tawz festgenommen und sind nun vollständig geständig. Von dem geraubten Gelde hat die Postbehörde bisher 20 000 M. zurückbekommen. Der Rest ist in alle Winde zerstreut.

Die vier Täter sind von ihren Freunden zum Teil durch grobe Erpressung, Betrug und Diebstähle um den Rest des Geldes gebracht worden. Pawlitz wurde eine Brieftasche mit 8000 M. entwendet, indem ihm ein Freund Chloroform unter die Nase gehalten und ihn in Schlafes betäubt hat. Auf diesen wird noch gefahndet.

Pariser Wohnungsprobleme.

Eine Pariser Zeitung erklärt, alle Tage Zuschriften folgenden oder ähnlichen Inhalts zu erhalten: Ich wohne im fünften Stockwerk. Das erste, zweite und dritte Stockwerk unseres Hauses steht leer, da die Mieter aus Angst vor der großen Verfallensgefahr genommen haben. Wollen Sie, bitte, veranlassen, daß den Mietern der oberen Stockwerke durch Gesetz das Recht verliehen werde, in die von ihren rechtmäßigen Inhabern verlassenen Wohnungen zu ziehen. Auch wir sind Flüchtlinge, die Flüchtlinge des 4. und 5. Stockes.

Das ist eigentlich ein sehr plausibler Vorschlag, schreibt die Schriftleitung dazu — der uns durchaus einleuchtet. Geseht, wir würden uns dafür erwärmen. Was würde geschehen: 1. Aus den oberen Stockwerken würde es Mietwunschkarte an uns regnen. 2. Die Drohnoten und Schimpfbriefe der Mieter der unteren Etagen würden kein Ende nehmen.

Es ist eben schwer, es jedermann recht zu machen. Solange die Welt steht, werden auch die Differenzen nicht aufhören zwischen denen von oben und denen von unten.

Endgruß.

Nun grünt und sproßt es wieder
Siehst du den Frühlingsgruß,
Bald leuchtet weißer Flieder
Am dunkelgrünen Fluß.

Sie Blümlein jagt's dem andern
„Der Frühlings zieht ins Land!“ —
Mein Sieb liegt fern in Flandern
Im grauen Unterland.

Da will im grünen Maien
Ich Blümlein brechen bunt.
Will sie ins Wasser streuen
In schimmernden Grund.

Ihr Blümlein müßt nun wandern
Durch Bach' und Ström' und Fluß —
Mein Sieb liegt fern in Flandern
Und harret auf meinen Gruß!

Ganna Müller.

„Verantwortlich für den Text- und Interaktenteil.“
Fr. K. K. K.

Bekanntmachung.

Militärische Beiratskommandos werden in den nächsten Tagen die Vorräte an Brotgetreide, Hafer, Gerste und Hülsenfrüchten in den einzelnen Wirtschaften ermitteln. Sie werden den Betriebsinhabern folgenden Befehl bekanntgeben:

Auf Grund des Erlasses des Königl. Kriegsministeriums vom 22. April d. Js. — Nr. 3930/18. B 2 — hat das stellvertretende Generalkommando des 7. Armee-Korps mir Befehl erteilt, Ihren Betrieb zu revidieren. Die Revision erstreckt sich auf alle Arten Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste) und Hülsenfrüchte, sowie auf sämtliche Produkte aus diesen Getreidearten oder aus Hülsenfrüchten (Mehl, Graupen, Orzys usw.).

Ich fordere Sie hiermit auf, alle Mengen, die in Ihrem Besitze sind und sich auf dem Grundstück befinden, anzugeben und vorzuzeigen. Ferner fordere ich Sie auf, mir diejenigen Mengen anzugeben, die in Ihrem Eigentum sind und sich nicht auf dem Grundstück befinden.

Es wird eine Berechnung vorgenommen werden, welche Mengen Ihnen für Ihren Haushalt und zur Fütterung Ihres Viehes nach den gesetzlichen Bestimmungen noch zustehen. Diese Mengen werden ausgedrückt und Ihnen zur gesetzlichen Verwendung befreit. Die hierüber hinausgehenden Mengen werden, wenn sie von Ihnen freiwillig vorgezeigt und abgeliefert werden, zu den gesetzlichen Preisen abgenommen.

Was von Ihnen verheimlicht und bei der jetzt von mir vorzunehmenden Durchsuchung gefunden wird, ist verfallen. Es wird ohne Zahlung einer Entschädigung abgenommen. Außerdem wird der Schuldige der gesetzlichen Strafe zugeführt. Nach § 79 der Reichsgetreideordnung wird derjenige, der unbefugt beschlagnahmte Vorräte verheimlicht oder beiseite schafft, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Hiernach fordere ich die Kreiseingekerkerten dringend auf, ihre Vorräte den Kommandos restlos vorzuzeigen, nichts zu verheimlichen und etwaige Ueberschüsse den Kommandos vor der Feststellung zur freiwilligen Abgabe anzubieten.

Herford, den 13. Mai 1918.

Der Landrat.

